

Kleine Anfrage

des Abg. Andreas Hoffmann CDU

und

Antwort

des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Jobtickets an den Hochschulen in Baden-Württemberg

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. An welchen Hochschulen im Land werden für die Bediensteten Jobtickets für den ÖPNV angeboten und wie hat sich die Inanspruchnahme dieser Jobtickets von 2001 bis 2010 an den Hochschulen entwickelt?
2. In welcher Form und in welcher Höhe beteiligen sich die einzelnen Hochschulen an den Jobtickets?
3. Aus welchen Mitteln subventionieren diejenigen Hochschulen, die Jobtickets für die Bediensteten anbieten diese und wie haben sich die Gesamtausgaben für diese Leistung an den einzelnen Hochschulen von 2001 bis 2010 entwickelt?
4. Welche Gründe gibt es dafür, dass noch nicht alle Hochschulen Jobtickets anbieten?

07.07.2010

Hoffmann CDU

Begründung

Das Instrument „Jobticket“ ist für viele Unternehmen ein Beitrag zur Entlastung vom Individualverkehr und somit auch ein Beitrag zur Vermeidung von Schadstoffbelastungen. An den Hochschulen im Land wird in unterschiedlicher Ausprägung von diesem Instrument Gebrauch gemacht. Die Anfrage dient dazu, einen Überblick über die Situation und die Finanzierung dieses Instruments zu erhalten.

Antwort

Mit Schreiben vom 2. August 2010 Nr. 41-820.00/194 beantwortet das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

1. An welchen Hochschulen im Land werden für die Bediensteten Jobtickets für den ÖPNV angeboten und wie hat sich die Inanspruchnahme dieser Jobtickets von 2001 bis 2010 an den Hochschulen entwickelt?

Seit dem Jahr 2006 besteht für alle Beschäftigten der Hochschulen die Möglichkeit, sich am Jobticket der Deutschen Bahn zu beteiligen, das über das Kundenportal des Landesamts für Besoldung und Versorgung buchbar ist. Eine Aufstellung über die Zahl der Inanspruchnahmen des *Jobtickets der Deutschen Bahn* wird an den jeweiligen Hochschulen nicht geführt, da der Erwerb direkt über das Kundenportal des LBV mit persönlichem und direktem Zugang über Benutzername und Passwort erfolgt, die Hochschulverwaltungen selbst mit dem Verfahren keine Berührungspunkte haben.

Bezüglich der allgemeinen *Angebote der örtlichen Nahverkehrsträger* gibt es an den Hochschulen des Landes grundsätzlich keine zentrale Organisationseinheiten, da auch hier jeweils personenbezogene Daten an die Verkehrsbetriebe übermittelt werden müssen. Die Hochschulen bestätigen in den Fällen, in denen dies von den Verkehrsbetrieben gefordert wird, lediglich die Zugehörigkeit der betroffenen Personen zu der jeweiligen Hochschule. Vereinzelt erfolgt eine Organisation über die örtlichen Personalräte. Aufstellungen über die Zahl der Nutzer liegen den örtlichen Verwaltungen jedoch nicht vor.

Spezielle Jobtickets werden an den Universitäten Freiburg, Mannheim und Ulm, dem KIT, den Hochschulen Karlsruhe und Ulm, der Pädagogischen Hochschule Heidelberg sowie der Musikhochschule Karlsruhe angeboten.

An der Universität Freiburg wird seit dem 1. Januar 2004 ein Jobticket im Rahmen des Freiburger Verkehrsverbundes angeboten, über das alle Beschäftigten die Möglichkeit des Erwerbs eines verbilligten Jahresabonnements erhalten. Im Jahr 2004 machten von dieser Möglichkeit ca. 400 Bedienstete Gebrauch, im Jahr 2009 ca. 700.

An der Universität Mannheim wird seit dem Jahr 2001 ein Jobticket angeboten, das 2001 von 151 Beschäftigten genutzt wurde und im Jahr 2010 von 450 Beschäftigten.

Am KIT wird in Kooperation mit der Hochschule und der Musikhochschule Karlsruhe über den örtlichen Personalrat die Möglichkeit der Sammelbestellung für die vom Karlsruher Verkehrsverbund (KVV) angebotene Umwelt-Jahresmarke angeboten, die die Nutzung einer um 10% ermäßigten Jahreskarte im Rahmen eines Großkundenabonnements ermöglicht. Konkrete Angaben über die Zahl der Nutzer liegen der Verwaltung des KIT – Universitätsbereich – nicht vor, sie wird auf rund 1.000 Nutzer jährlich geschätzt.

An der Universität Ulm wird in Kooperation mit dem Universitätsklinikum Ulm, dem Studentenwerk und der Hochschule Ulm seit dem Jahr 2003 das Profiticket

der SWU angeboten, bei dem Mengenrabatte in Abhängigkeit von der Zahl der Nutzer gewährt werden. Bei bis zu 110 Nutzern beläuft sich der Rabatt für ein Profiticket auf 10 %, ab 110 Nutzern auf 12,5 %. Im Jahr 2003 nutzten 109 Beschäftigte der beteiligten Einrichtungen das Profiticket, im Jahr 2010 insgesamt 156.

Die Pädagogische Hochschule Heidelberg hat mit dem VRN zum 1. Oktober 2007 eine Vereinbarung zur Nutzung eines Jobtickets geschlossen, das im Jahr 2007 von 75 Personen in Anspruch genommen wurde und bis einschließlich 1. Juli 2010 von 97 Personen.

2. In welcher Form und in welcher Höhe beteiligen sich die einzelnen Hochschulen an den Jobtickets?

Die Jobtickets an der Universität Freiburg werden mit 100 Euro pro Jahr und Jobticket unterstützt, an der PH Heidelberg werden entsprechend der getroffenen Vereinbarung pro Mitarbeiter 7,50 Euro an die Verkehrsbetriebe abgeführt, bei 354 Mitarbeitern ergibt dies einen Jahresbeitrag von 31.860 Euro.

Von den anderen Hochschulen erfolgt keine Beteiligung an den Jobtickets.

3. Aus welchen Mitteln subventionieren diejenigen Hochschulen, die Jobtickets für die Bediensteten anbieten diese und wie haben sich die Gesamtausgaben für diese Leistung an den einzelnen Hochschulen von 2001 bis 2010 entwickelt?

Das Jobticket an der Universität Freiburg wird in voller Höhe aus den Einnahmen der Parkraumbewirtschaftung (Vermietung oberirdischer Kfz-Stellplätze) finanziert, der Betrag ist seit 2004 auf 100 Euro je Jobticketinhaber begrenzt.

Das Jobticket an der PH Heidelberg wird ebenfalls vollständig aus der zum 1. Oktober 2007 eingeführten Parkraumbewirtschaftung finanziert. Aufgrund der getroffenen Vereinbarung belaufen sich die Kosten für die Pädagogische Hochschule Heidelberg seit dem Jahr 2007 auf jährlich 31.860 Euro.

4. Welche Gründe gibt es dafür, dass noch nicht alle Hochschulen Jobtickets anbieten?

Einzelne Hochschulen befinden sich noch in Verhandlungen mit den örtlichen Nahverkehrsbetrieben, konnten sich mit diesen jedoch bislang nicht abschließend bezüglich der Modalitäten der Jobtickets verständigen.

Eine Vielzahl von Hochschulen des Landes befindet sich zudem nicht in Ballungsgebieten, sondern in Regionen, in denen es entweder (noch) keine Verkehrsverbünde gibt, oder die Infrastruktur noch nicht so ausgebaut ist, dass sie den Individualverkehr problemlos ersetzen könnte. Hinzu kommt, dass die öffentlichen Nahverkehrsbetriebe in vielen Regionen nur ein Studierendenticket anbieten, nicht jedoch Jobtickets für Berufstätige.

Dr. Frankenberger

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst